



Rathaus

Umschau

Mittwoch, 17. Februar 2016

Ausgabe 031

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Bürgerangelegenheiten	2
Meldungen	3
› EU-Projekt „Smarter Together“ startet	3
› Feldmoching: Stadtrat beschließt Neubau von 600 Wohnungen	5
› Wohnen am Osteranger – 400 Wohnungen in Lochhausen	6
› Infrastrukturprogramm für Münchens Stadtteile	6
› Stadtrat beschließt neue Erhaltungssatzung „Haidhausen“	7
› Von 21 bis 9 Uhr Radeln in der Fußgängerzone	8
› Umgestaltung des Canisiusplatzes in Hadern	8
› Bau einer Flüchtlingsunterkunft an der Dachauer Straße	9
› Verkaufsstart für die Sommerferien-Freizeiten und Zirkus Simsala	9
› Hortkinder gewinnen Eishockeytraining mit EHC Red Bull München	10
› Ab in die Osterferien – aber nur mit gültigem Pass	10
Antworten auf Stadtratsanfragen	12
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	



Terminhinweise

Wiederholung

Donnerstag, 18. Februar, 14.30 Uhr, Circus Krone, Marsstraße

Circus Krone schenkt Münchner Seniorinnen und Senioren eine Sondervorstellung und hat dafür 3.000 Karten kostenlos zur Verfügung gestellt. Stadtrat Marian Offman (CSU-Fraktion) spricht aus diesem Anlass in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte. Circus Krone beweist mit der Aktion ein weiteres Mal sein großes soziales Engagement in München. Seit über 50 Jahren schenkt Circus Krone bedürftigen Münchner Kindern und Seniorinnen und Senioren Sondervorstellungen.

Wiederholung

Donnerstag, 18. Februar, 16 Uhr, Von-Reuter-Straße 3

Bürgermeisterin Christine Strobl spricht anlässlich der Einweihungsfeier der Jugendfreizeitstätte „orange Planet“, deren Träger die Arbeiterwohlfahrt München ist.

Montag, 22. Februar, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses

Zum Jahresempfang für Migrantinnen und Migranten in München sprechen Oberbürgermeister Dieter Reiter und die Vorsitzende des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt München, Nükhet Kivran.

Von 17 bis 18 Uhr wird es wieder einen Infomarkt im Foyer geben, mit Initiativen, Vereinen, Organisationen aus dem Migrantebereich.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 24. Februar, 19 Uhr, Cafeteria des ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76 (barrierefrei)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West) mit dem Vorsitzenden Dr. Walter Klein.

Mittwoch, 24. Februar, 19.30 Uhr, Cafeteria des ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76 (barrierefrei)

Sitzung des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West).

**Mittwoch, 24. Februar, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)**

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing – Freimann)
mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

**Mittwoch, 24. Februar, 19 Uhr,
Pfarrsaal St. Agnes, Waldmeisterstraße 34 (barrierefrei)**

Einwohnerversammlung für den Stadtbezirk 24 (Feldmoching – Hasenberg) zum Thema: Zukunft des Virginiadepots – verträgliche Nutzung oder Aussperrung der Öffentlichkeit?

Meldungen

EU-Projekt „Smarter Together“ startet

(17.2.2016) Der Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Bürgermeister Josef Schmid, hat gestern, 16. Februar, offiziell den Startschuss für das EU-Smart Cities-Projekt von München, Lyon und Wien „Smarter Together“ gegeben. Mit diesem Projekt plant die Landeshauptstadt gemeinsam mit städtischen Gesellschaften und Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft den Stadtteil der Zukunft, um höchste Energieeffizienz und vernetzte Mobilität zu erreichen.

„Mit Smarter Together entwickeln wir die Stadt von morgen“, hebt Josef Schmid hervor. „München kann mit seinen Partnerstädten in diesem Projekt innovative Maßstäbe setzen und neue Modelle für andere Städte oder Quartiere schaffen.“

Modellregionen des Projekts sind Neuaubing – Westkreuz und Freiam. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. So wird beispielsweise im Frühjahr eine Auftaktveranstaltung vor Ort darüber informieren, wie sich die Bürgerinnen und Bürger konkret beteiligen können.

Ende September 2015 hatte das Städtekonsortium den Zuschlag von der EU bekommen, an zweiter Stelle von nur vier Projekten, die unter mehr als 40 Anträgen ausgewählt wurden. Die EU-Fördermittel belaufen sich insgesamt auf 24,7 Millionen Euro. Die Stadt München und ihre Gesellschaften Stadtwerke München (SWM), Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) und Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung (MGS) erhalten rund vier Millionen Euro, der gesamte Münchner Verbund 6,85 Millionen Euro. Hinzu kommen Eigenmittel und Gelder aus Wirtschaft und Forschung, sodass insgesamt rund 20 Millionen Euro in das sanierungsbedürftige Viertel



Neuaubing – Westkreuz und das Neubaugebiet Freiham in unmittelbarer Nachbarschaft fließen.

Die EU-Kommission fördert dabei nur Innovatives: Neue Technologien und nachhaltige Lösungen kommen zum Einsatz, um eine zukunftsfähige Stadtentwicklung für Mobilität und Klimaschutz aufzeigen, die von anderen Städten und Quartieren übernommen werden kann.

Für viele Themen hat die Landeshauptstadt bereits smarte Lösungen entwickelt, doch mit „Smarter Together“ geht sie weit darüber hinaus, etwa bei der ganzheitlichen Sanierung von Wohnungsbestand in privatem Besitz (energetische Sanierung von 42.000 Quadratmetern Wohnfläche mit hohen Standards, Vor-Ort-Beratung) und der Absicherung bestehender Mietniveaus. Teil des Projekts wird darüber hinaus der Aufbau von Niedrigenergiequartieren auf Basis erneuerbarer Fernwärme (Geothermie und Niedrigtemperatur-Fernwärme) sowie erneuerbarer Energieversorgung sein. Auch der Ausbau smarter Infrastrukturen durch Smart-Data-Management-Plattformen und Smart-Service-Angebote (zum Beispiel intelligente Laternenmasten, Verteilerstationen für Güter, Dienstleistungen und quartiersbezogene Sharing-Economy-Ansätze, Apps) steht im Fokus. Außerdem werden integrierte, nachhaltige Mobilitätskonzepte umgesetzt. An Mobilitätsstationen im Projektgebiet verknüpft die MVG so das Kernangebot des ÖPNV mit neuen Mobilitätsbausteinen, beispielsweise eCarSharing, Lastenpedelecs, MVG Rad und anderen. Um den Zugang zum breiten Mobilitätsangebot so einfach wie möglich zu gestalten, verbindet eine App alle Dienstleistungen digital. Blaupause hierfür ist die Applandschaft der MVG mit den Produkten MVG Fahrinfo und MVG more.

Besonderes Augenmerk liegt auf smarten Formen der aktiven Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. In einem „Stadtteil-Labor“ soll Gegenwart gemeinsam gestaltet werden. Dabei sollen künftige Nutzerinnen und Nutzer mit Unternehmen und örtlichen Umsetzern Lösungen erarbeiten. „Smarter Together“ wird in Zusammenarbeit mit städtischen Unternehmen, Non-Profit-Organisationen, führenden europäischen Industrie- und Forschungspartnern sowie hochspezialisierten kleinen und mittleren Unternehmen realisiert. Das Projektmanagement liegt beim Referat für Arbeit und Wirtschaft, in den Modellregionen koordiniert die Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (MGS) das Projekt. Die Laufzeit beträgt fünf Jahre. Informationen auch im Internet unter www.muenchen.de/smarter-together

Achtung Redaktionen: Ein Pressebild zu dieser Meldung kann bei der Pressestelle des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Telefon 2 33-2 25 97, E-Mail: wolfgang.nickl@muenchen.de, angefordert werden. .

Feldmoching: Stadtrat beschließt Neubau von 600 Wohnungen

17.2.2016) In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung ist die Aufstellung für einen Bebauungsplan im Bereich Hochmuttinger Straße/Herbergstraße gefasst worden. Das zirka 8,15 Hektar große Planungsgebiet liegt am nördlichen Stadtrand Münchens in Feldmoching. Am 3. März findet eine Beteiligungsveranstaltung für die Öffentlichkeit statt.

Die DEMOS Wohnbau GmbH, die HI Wohnbau GmbH und die WOWOBAU Wohnungsbaugesellschaft mbH beabsichtigen, in Kooperation mit der Landeshauptstadt München am nördlichen Stadtrand Münchens im Bereich östlich der Hochmuttinger Straße, nördlich der Herbergstraße und westlich der Paul-Preuß-Straße ein neues Wohnquartier zu entwickeln.

Vorgesehen ist ein allgemeines Wohngebiet mit Realisierung einer Geschossfläche zwischen 50.000 und 60.000 Quadratmetern in Form von Geschosswohnungen und verdichtetem Reihenhausbau, zuzüglich der Geschossfläche, die für die Errichtung der sozialen Infrastruktur erforderlich sein wird. Damit könnten etwa 500 bis 600 Wohnungen für 1.200 bis 1.400 Einwohnerinnen und Einwohner entstehen. Die Höhenentwicklung der geplanten Bebauung soll dabei zur Bestandsbebauung einen städtebaulich verträglichen Übergang schaffen. Zur Mitte des Gebietes ist auch eine Anhebung der Gebäudehöhen denkbar. Das städtebauliche Nutzungsmaß soll unter Berücksichtigung aller Rahmenbedingungen im Zuge eines städtebaulichen Wettbewerbs ermittelt werden. Im Planungsgebiet sind zwei Kindertageseinrichtungen erforderlich. Für den Norden des Planungsgebietes ist eine übergeordnete öffentliche Grünverbindung als Ortsrandeingrünung vorgesehen. In Nord-Süd-Richtung ist im Sinne der Darstellung des Flächennutzungsplans eine öffentliche Grünfläche im Planungsgebiet vorzusehen, die den Landschaftsraum im Norden mit der öffentlichen Grünfläche an der Herbergstraße und der stark durchgrüntem Schaarschmidtstraße verbindet.

Um die Nachbarschaft frühzeitig in den Planungsprozess einzubinden und die Zielvorstellungen der vorliegenden Planung zu diskutieren, findet am Donnerstag, 3. März, um 18 Uhr im Pfarrsaal St. Peter und Paul, Feldmochinger Straße 401, eine Beteiligungsveranstaltung für die Öffentlichkeit statt. Auf der Internetseite www.wowobau.de/anmeldung und per E-Mail an info@wowobau.de besteht die Möglichkeit einer formlosen Anmeldung bis zum Freitag, 26. Februar. Die Ergebnisse der Informationsveranstaltung werden in den vorgesehenen Eckdatenbeschluss für einen städtebaulichen und landschaftsplanerischen Wettbewerb einfließen und dem Stadtrat vorgelegt werden.

Wohnen am Osteranger – 400 Wohnungen in Lochhausen

(17.2.2016) Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung hat in seiner heutigen Sitzung für das Projekt „Wohnen am Osteranger“ in Lochhausen den Aufstellungsbeschluss gefasst und damit den ersten Meilenstein zur Entwicklung dieses Planungsgebietes gesetzt. Ziel der Planungen ist ein qualitativvolles und nachhaltiges Wohnquartier mit insgesamt rund 400 Wohneinheiten für zirka 1.000 Bewohnerinnen und Bewohner.

Das Planungsgebiet mit einer Größe von rund 6,2 Hektar umfasst den bislang unbebauten Bereich westlich der Osterangerstraße und wird begrenzt von der Lochhausener Straße (südlich), Hufschmiedstraße (westlich) und Langwieder Hauptstraße (nördlich). Im Bereich der bisherigen Klein-Siedlung entsteht ein Wohngebiet mit eigenem Gewicht, das den Bestand sinnvoll ergänzt und dringend benötigten Wohnraum am Standort Lochhausen schafft. Rund 30 Prozent der Wohnungen sollen dabei als geförderter Wohnungsbau (München Modell, EOF) errichtet werden. Zudem sollen eine Kindertageseinrichtung sowie eine vielfältig nutzbare öffentliche Grünfläche entstehen.

Im Sommer 2014 hatte der Investor drei Architekturbüros beauftragt, Konzepte zu entwickeln. Auf Grundlage des Entwurfs des ersten Preisträgers Büro Nuyken von Oefe Architekten, München, mit Hinnenthal und Schaar Landschaftsarchitekten, München, wurde mit dem Aufstellungsbeschluss und der Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich zwischen Lochhausen und Langwied das Bauleitplanverfahren eingeleitet, das ab Mitte März umgehend beginnen wird.

Als nächster Meilenstein finden am Montag, 21. März, ab 18 Uhr im Bayerischen Schnitzel- und Hendlhaus in der Limesstraße 63 eine Erörterungsveranstaltung und ein Bürgerworkshop statt, zu dem alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen sind. Ziel ist es, gemeinsam mit der örtlichen Bevölkerung die Planungen für das Projekt „Wohnen am Osteranger“ weiterzuentwickeln. Der Vorsitzende des Bezirksausschusses 22 (Aubing – Lochhausen – Langwied), Sebastian Kriesel, moderiert die Veranstaltung.

Infrastrukturprogramm für Münchens Stadtteile

(17.2.2016) Mit dem Wachstum der Landeshauptstadt und den damit verbundenen Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt ist die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur eng verknüpft. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung verfolgt in der Infrastrukturplanung in enger Abstimmung mit den beteiligten Fachreferaten, zum Beispiel dem Referat für Bildung und Sport, schon seit langem erfolgreich einen integrierten

Ansatz, da nur durch eine ganzheitliche Herangehensweise den vielschichtigen Herausforderungen begegnet werden kann.

Grundlage für die Abschätzung künftiger Infrastrukturbedarfe sind regelmäßig erstellte Bevölkerungsprognosen auf unterschiedlichen Raumebenen und für verschiedene Alters- und Nachfragergruppen. Auf dieser Basis werden für die verschiedenen Infrastrukturbedarfe konkrete Planungsmodelle, etwa zur genauen Berechnung der Kindertagesstätten- oder Schulbedarfe, eingesetzt. Ergänzt wird dies durch zahlreiche weitere Datengrundlagen und Planungskonzepte wie Verkehrsinfrastrukturuntersuchungen, Demografieberichte, Bevölkerungsbefragungen, dem Nahverkehrsplan, dem Zentrenkonzept oder dem Spielflächenversorgungsplan.

Auf Basis der vorliegenden Datengrundlagen und Infrastrukturplanungen sollen künftig auch Stadtteilprofile erstellt werden, die Daten, Konzepte und Planungen für einzelne Stadtteile textlich und kartografisch in einer knappen übersichtlichen Form darstellen und somit eine gute Übersicht und Transparenz über die verschiedenen Themenbereiche beinhalten. Aus diesen kann der Handlungsbedarf im Bereich der Zielsetzungen der Infrastrukturplanung abgeleitet werden.

Stadtrat beschließt neue Erhaltungssatzung „Haidhausen“

(17.2.2016) Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung hat jetzt die neue Erhaltungssatzung „Haidhausen“ beschlossen. Nach Bestätigung durch die Vollversammlung des Stadtrates und Veröffentlichung im Amtsblatt wird diese Satzung vor Ablauf der bisherigen Erhaltungssatzung „Haidhausen-Mitte“ in Kraft treten.

Ergänzend zu dem bereits von der Erhaltungssatzung erfassten Gebiet wird ein beträchtliches Areal zwischen der Kirchenstraße und der Prinzregentenstraße neu hinzukommen. Nicht mehr in den Geltungsbereich fallen wird hingegen das kleine Gebiet westlich der Inneren Wiener Straße und der Ismaninger Straße.

Die Landeshauptstadt München erlässt bereits seit 1987 sogenannte Milieuschutzsatzungen. In diesen Gebieten stehen bestimmte bauliche Vorhaben sowie die Umwandlung von Haus- in Wohnungseigentum unter einem zusätzlichen Genehmigungsvorbehalt. Damit soll die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in dem jeweiligen Gebiet erhalten werden. Erhaltungssatzungen sind zeitlich befristet und werden regelmäßig vor Ablauf auf einen möglichen Neuerlass überprüft.

In München wird es somit künftig insgesamt 19 Erhaltungssatzungen mit rund 136.000 Wohnungen geben, in denen etwa 239.000 Einwohnerinnen und Einwohner leben.

Von 21 bis 9 Uhr Radeln in der Fußgängerzone

(17.2.2016) Radfahren in der Fußgängerzone? Das ist bereits seit dem 3. April 2014 erlaubt, allerdings nur probeweise und nur zwischen 22 und 8 Uhr. Ziel des Versuchslaufs zwischen Marienplatz und Stachus beziehungsweise Rindermarkt und Odeonsplatz war es, den Radlerinnen und Radlern zusätzliche attraktive Verbindungen in der Innenstadt anzubieten und zugleich die Fußgängerzone als einen Bereich zu erhalten, in dem sich Fußgängerinnen und Fußgänger ungestört bewegen und aufhalten können. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat den Versuch nun umfassend evaluiert. Die Zählungen, Befragungen und Beobachtungen haben ergeben, dass die Freigabe von den Radlerinnen und Radlern sehr begrüßt wird und diese sich fast ausnahmslos rücksichtsvoll verhalten. Zu den Freigabezeiten außerhalb der Ladenöffnungszeiten waren nur sehr wenige Menschen zu Fuß unterwegs, so dass ausreichend Platz für ein entspanntes Miteinander von Fuß- und Radverkehr zur Verfügung stand. Auch die befragten Fußgängerinnen und Fußgänger beurteilten die Freigabe insgesamt positiv.

Aus Zählungen ergab sich ein deutlicher Anstieg des Fußverkehrsaufkommens erst ab zirka 10 Uhr. Weil jedoch bereits ab 9 Uhr der Lieferverkehr deutlich zunimmt, hat der Stadtrat nun die dauerhafte Freigabe für den nächtlichen Radverkehr sowie eine Ausweitung der Freigabezeit auf 21 bis 9 Uhr beschlossen.

Umgestaltung des Canisiusplatzes in Haderm

(17.2.2016) Der Canisiusplatz im Stadtbezirk Haderm soll künftig wieder ein Ort mit hoher Aufenthaltsqualität werden. Hierzu hat der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung heute ein entsprechendes Verkehrskonzept und die Umgestaltung des Platzes beschlossen.

Die Nutzbarkeit des Platzes, die Stärkung der lokalen Identität des Dorfkerns Großhadern sowie die Barrierefreiheit stehen im Vordergrund. Das neue Verkehrskonzept basiert auf einer Prüfung der Notwendigkeit des Durchgangsverkehrs. Auf dieser Grundlage und im Sinne einer Erhöhung der Aufenthaltsqualität wird die Befahrbarkeit der Platzsituation mittels Kraftfahrzeuge (Kfz) durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, das Baureferat, das Referat für Bildung und Sport und des Bezirksausschusses Haderm für nicht zwingend erforderlich gehalten. Die bereits seit zirka vier Jahren aufgrund der Erweiterung und Generalsanierung der Grundschule bestehende Sperrung des Canisiusplatzes für den Kfz-Verkehr hat belegt, dass die Abwicklung des fließenden Kfz-Verkehrs aufgrund der sehr geringen Verkehrsmengen unproblematisch ist. Die Erreichbarkeit aller Grundstücke ist weiterhin gewährleistet. Dem aufgrund des ohnehin

geringen Parkdrucks in den umgebenden Straßen vertretbaren Entfall von zirka 25 Pkw-Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum steht nun die künftige Aufwertung und Gestaltung des Ortes als attraktiver Quartiersplatz zwischen Kirche und Grundschule gegenüber.

Das Baureferat soll nun eine Bürgerbeteiligung unter Beteiligung des Bezirksausschusses, des Behindertenbeirats/Facharbeitskreis Mobilität, der Leitung der Canisiuschule sowie der Pfarrei St. Canisius durchführen, bei der die Bedürfnisse und Anforderungen der Anwohnerinnen und Anwohner an eine Neugestaltung des Platzes formuliert werden. Auf Basis des beschriebenen Verkehrskonzeptes und der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung wird das Baureferat eine Planung für die Umgestaltung des Canisiusplatzes und des Farnweges im Bereich vor der städtischen Kindertagesstätte erarbeiten und zu gegebener Zeit dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorlegen.

Bau einer Flüchtlingsunterkunft an der Dachauer Straße

(17.2.2016) Der Ausschuss für Standortangelegenheiten für Flüchtlinge hat am 12. November 2015 beschlossen, das städtische Grundstück Dachauer Straße 232 ab sofort als Standort für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen. Das Baureferat errichtet dort eine Unterkunft für 122 Personen. Ab dem Jahr 2020 ist das Grundstück für eine Erweiterungsfläche mit einer Sporthalle für die benachbarte Mittelschule Leipziger Straße vorgesehen.

Für den Neubau auf dem Grundstück müssen am Donnerstag, 18. Februar, 21 Bäume entfernt werden. Die Arbeiten sind mit der Unteren Natur-schutzbehörde abgestimmt.

Verkaufsstart für die Sommerferien-Freizeiten und Zirkus Simsala

(17.2.2016) Kinder und Jugendliche im Alter von fünf bis 15 Jahren können im Sommer mit dem Stadtjugendamt wieder an erlebnisreichen Ferienfreizeiten teilnehmen. Der offizielle Kartenverkauf startet am Samstag, 20. Februar, über die München Ticket-Verkaufsstellen. Die Reservierungskarten können auch telefonisch unter 54 81 81 81 oder im Internet unter www.muenchenticket.de bestellt werden.

Das Sommerferienprogramm enthält viel Bewährtes und auch eine neue Ferienfreizeit unter dem Motto „Erkunden, bewegen und erleben“. Die beliebten Bauernhof-Freizeiten in Kaps, Schabing, dem Ferlhof und dem Koanznhof für Kinder im Alter von fünf bis elf Jahren sind selbstverständlich wieder mit im Programm. Auch das Ferienhaus im Bayerischen Wald lädt viele Kinder und Jugendliche zum Auspowern und Erholen ein. Vom

15. bis 27. August öffnet der Zirkus Simsala für Kinder im Alter von sechs bis 14 Jahren seine Pforten.

Das aktuelle Ferienprogramm 2016/2017 wurde in allen Münchner Schulen verteilt, liegt in der Stadt-Information im Rathaus, in den Sozialbürgerhäusern, im Stadtjugendamt, in den Stadtbibliotheken und an vielen anderen Stellen aus. Unter www.muenchen.de/ferienangebote ist das Programmheft im Internet abrufbar.

Auch in diesem Jahr erhalten Familien mit geringem oder mittlerem Einkommen sowie bei Leistungsbezug (ALG II, SGB XII, AsylbLG) Ermäßigungen. Des Weiteren können für Kinder und Jugendliche, die in stationären Jugendhilfeeinrichtungen (§34 SGB VIII) leben, ebenfalls eine Ermäßigung beantragt werden. Allgemeine Rückfragen werden über das Infotelefon 2 33-3 38 33 oder per E-Mail an ferienangebote.soz@muenchen.de beantwortet.

Hortkinder gewinnen Eishockeytraining mit EHC Red Bull München

(17.2.2016) Mit echten Profis geht es für 14 Hortkinder aus der städtischen Kita an der Michael-Ende-Straße am Donnerstag, 18. Februar, aufs Eis. Denn sie haben ein Training mit Spielern des EHC Red Bull München gewonnen.

Anlass war der vom Aquapädagogik-Arbeitskreis im Referat für Bildung und Sport ausgerichtete Malwettbewerb, bei dem die Münchner Mädchen und Buben dazu aufgerufen waren, Verhaltensregeln auf dem Eis künstlerisch darzustellen.

Am 14. Januar wurden die Preisträger gekürt. Die bunten Bilder sind seitdem bei der Elternberatungsstelle, Landsberger Straße 30, ausgestellt. Auch für die anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat sich das Malen gelohnt. Sie erhielten Freikarten für das Prinzregentenstadion. So können sie alle die erlernten Regeln auf dem Eis in die Praxis umsetzen.

Achtung Redaktionen: Das Training für die Gewinner findet von 15 bis 17 Uhr auf der Sondereisfläche vor dem Olympia-Eisstadion statt. Der Termin ist für Fotografen geeignet.

Ab in die Osterferien – aber nur mit gültigem Pass

(17.2.2016) Das Kreisverwaltungsreferat erinnert die Münchner Bürgerinnen und Bürger daran, bei Auslandsreisen rechtzeitig die Gültigkeit ihrer Ausweise zu überprüfen.

Wer beispielsweise in den Osterferien verreisen möchte und einen neuen Pass benötigt, sollte sich bereits jetzt auf den Weg ins Bürgerbüro machen.



Die Ausstellung eines Reisepasses oder Personalausweises dauert etwa vier bis fünf Wochen. Für kurzfristige Anliegen besteht zwar die Möglichkeit, einen vorläufigen Reisepass beziehungsweise Personalausweis oder aber auch einen Expresspass zu beantragen. Dies ist jedoch mit höheren Kosten verbunden.

Benötigte Unterlagen für die Beantragung:

- ein aktuelles biometrisches Lichtbild
- die Antragsgebühr
- der bisherige Ausweis
- bei minderjährigen Antragstellern: Einwilligung der gesetzlichen Vertreter und deren Ausweisdokumente

Achtung: Seit dem 26. Juni 2012 benötigen auch Kinder für Reisen außerhalb Deutschlands einen eigenen Reisepass. Kindereinträge im Reisepass der Eltern sind nicht mehr gültig.

Diese Bürgerbüros stehen für die Beantragung zur Verfügung:

- Zentrale im KVR (Innenstadt) – Ruppertstraße 19
- Orleansplatz 50 (Ost)
- Leonrodstraße 21 (West)
- Riesenfeldstraße 75 (Nord)
- Pasing (West) – Landsberger Straße 486
- Forstenrieder Allee 61a (Süd)

Weitere Informationen zu der Antragsgebühr, der Gültigkeitsdauer und den Öffnungszeiten sind unter www.buergerbuero-muenchen.de erhältlich.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 17. Februar 2016

Neonazistische Aktivitäten bei „Pegida“ in München?

Antrag Stadtrats-Mitglieder Gülseren Demirel, Jutta Koller und Dominik Krause (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste) vom 29.9.2015



Neonazistische Aktivitäten bei „Pegida“ in München?

Antrag Stadtrats-Mitglieder Gülseren Demirel, Jutta Koller und Dominik Krause (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste) vom 29.9.2015

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Herr Oberbürgermeister Reiter hat mir Ihre Anfrage vom 29.9.2015 zur Beantwortung überlassen.

Inhaltlich teilten Sie Folgendes mit:

„Wir bitten für folgende Fragen um Stellungnahmen des Kommunalen Netzwerks gegen Rechtsextremismus München, dem Münchner Polizeipräsidium sowie dem Landesamt für Verfassungsschutz:

- 1. Welche Kenntnisse liegen der städtischen Verwaltung, dem Münchner Polizeipräsidium sowie dem Landesamt für Verfassungsschutz über die Aktivitäten von Neonazis bei den sogenannten ‚Pegida‘-Aufmärschen vor?*
- 2. Welche Münchner Nazi-Organisationen haben sich an den Pegida-Demos beteiligt? Gibt es signifikante Organisationen die sich nicht beteiligt haben?“*

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir das Polizeipräsidium München, das Landesamt für Verfassungsschutz sowie die städtische Fachdienststelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit eingebunden. Die Stellungnahme der zuletzt genannten städtischen Fachdienststelle erfolgte in engem Informationsaustausch mit der Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus in München (firm) beim freien Träger Feuerwerk e.V.

Frage 1:

Welche Kenntnisse liegen der städtischen Verwaltung, dem Münchner Polizeipräsidium sowie dem Landesamt für Verfassungsschutz über die Aktivitäten von Neonazis bei den sogenannten „Pegida“-Aufmärschen vor?

Antwort:

Stellungnahme des Polizeipräsidiums München:

Die eingesetzten Beamten der Staatsschutzdienststelle des PP München stellten bei „PEGIDA-Aufmärschen“ (anfangs „BAGIDA“) regelmäßig die Teilnahme von Rechtsextremisten fest. Die Anzahl der Rechtsextremisten nahm im Jahresverlauf beständig ab. Während im Januar und Februar zum

Teil zahlreiche Rechtsextremisten an den Versammlungen teilgenommen hatten, reduzierte sich deren Zahl sehr bald (bereits ab März 2015). Aktuell nehmen nur noch Einzelpersonen der rechtsextremistischen Szene an den Versammlungen teil.

Stellungnahme des Landesamtes für Verfassungsschutz:

Zu den genannten Fragen verweisen wir auf die im Internet abrufbare Verfassungsschutzinformation Bayern 1. Halbjahr 2015 des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr zum Thema „Die PEGIDA-Bewegung im Visier von Extremisten“. Insbesondere mit Bezug auf den Bereich der Landeshauptstadt München ergibt sich momentan folgende Erkenntnislage:

1. Allgemeine Informationen

Mit der zunehmenden Präsenz von PEGIDA in der öffentlichen und medialen Wahrnehmung geriet die Bewegung zunehmend in den Fokus von Extremisten. Darunter befinden sich Rechtsextremisten aus dem parteigebundenen und dem neonazistischen Spektrum ebenso wie Personen aus dem Spektrum der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit. Aufgrund der aktuellen „Flüchtlingsthematik“ gewinnt die Protestbewegung im Rahmen von Veranstaltungen wieder an Bedeutung, auch ist eine zunehmende Radikalisierung einzelner Teilnehmer wahrnehmbar. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz achtet daher genau darauf, inwieweit personelle Überschneidungen zwischen rechtsextremistischer bzw. verfassungsschutzrelevanter islamfeindlicher Szene und Gruppierungen, von denen die Kundgebungen in Bayern ausgehen, erkennbar sind. Dem Beobachtungsauftrag des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz unterliegen die politischen Aktivitäten von Extremisten in solchen Initiativen insbesondere im Hinblick auf mögliche Beeinflussungsabsichten.

2. PEGIDA München e.V. (ehemals BAGIDA)

Die erste Kundgebung unter dem Namen BAGIDA („Bayern gegen die Islamisierung des Abendlandes“) fand am 12.1.2015 in München statt. Unter den 1.500 Teilnehmern waren rund 200 Rechtsextremisten. Die Rechtsextremisten waren aus ganz Bayern angereist, teilweise auch aus anderen Bundesländern. Im Vorfeld hatten sowohl die rechtsextremistischen Parteien NPD, Der Dritte Weg (III. Weg) und DIE RECHTE als auch rechtsextremistische Bürgerinitiativen und neonazistische Gruppierungen für die Veranstaltung mobilisiert. Der bayerische NPD-Landesvorstand forderte in einer Erklärung vom 10.1.2015 Mitglieder und Anhänger der NPD auf,

sich „an den Demonstrationen gegen Islamisierung und Asylmissbrauch“ zahlreich zu beteiligen. Der Münchner Kreisverband der Partei DIE RECHTE mobilisierte in einer Presseerklärung für die Teilnahme an BAGIDA-Kundgebungen und verteilte in mehreren Münchner Stadtteilen Flugblätter. Die rechtsextremistische Partei III. Weg wies auf ihrer Homepage auf die BAGIDA-Kundgebung am 19.1.2015 hin und veröffentlichte im Anschluss einen Bericht darüber.

Die Anmelderin für die BAGIDA-Demonstrationen, Frau Birgit Weissmann, stammt ursprünglich aus dem Personenkreis um Michael Stürzenberger, dem Landes- und Bundesvorsitzenden der Partei DIE FREIHEIT. Der Landesverband Bayern der Partei DIE FREIHEIT unterliegt dem gesetzlichen Beobachtungsauftrag des BayLfV im Phänomenbereich der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit (vgl. Verfassungsschutzbericht Bayern 2014). In dem im Januar 2015 gegründeten BAGIDA-Organisationsteam hatte Stürzenberger zunächst eine Schlüsselrolle inne. Er mobilisierte Personen aus dem Umfeld der Partei DIE FREIHEIT Bayern, trat wiederholt als Redner auf und engagierte sich bei der Organisation der Veranstaltungen. So lieferte Stürzenberger Kundgebungsmaterialien mit seinem Pkw an, baute die Lautsprecheranlage auf und erteilte Helfern Anweisungen. Mit Infoständen im Münchner Stadtgebiet bewarb er die Aktivitäten von BAGIDA. Im April zog sich Stürzenberger aufgrund interner Differenzen von BAGIDA zurück. Parallel dazu gründete sich ein Verein „PEGIDA München – zur Förderung staatsbürgerlicher Anliegen“ ohne Beteiligung Stürzenbergers. Der Verein ist seit 29.4.2015 im Vereinsregister des Amtsgerichts München eingetragen. Als einer der Vorstände des PEGIDA München e.V. tritt ein Herr Heinz M. auf. Nach Aussage des Bayerischen Landeskriminalamtes ermittelt dieses seit 2012 im Auftrag des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof in einem Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129a StGB gegen den Beschuldigten Heinz M.. Das Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Auskünfte zum Stand der Ermittlungen behält sich der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof vor. Als Beisitzer gehört dem Vorstand von PEGIDA München e.V. mit Stand vom 29.4.2015 Stefan Werner an. Er kandidierte im Jahr 2005 bei den Bundestagswahlen auf der Liste der NPD.

Die anfänglich starke Mobilisierung in der rechtsextremistischen Szene für die ersten Kundgebungen, die noch unter dem Namen BAGIDA (Bayern gegen die Islamisierung des Abendlandes) stattfanden, hat rasch nachgelas-

sen. Aus dem rechtsextremistischen Spektrum beteiligten sich gegenwärtig nur noch Einzelpersonen an den stationären bzw. sich fortbewegenden Kundgebungen von PEGIDA München, eine koordinierte Mobilisierung ist innerhalb der rechtsextremistischen Szene (gegenwärtig) nicht mehr feststellbar.

An der Kundgebung der Protestgruppe PEGIDA München nahmen am 12.10.2015 in München an der Auftaktkundgebung 120 Personen, darunter sechs Rechtsextremisten und am Aufmarsch in der Spitze bis zu 280 Personen teil. Vor dem Ende der Kundgebung betraten mehrere Personen die Empore der Feldherrnhalle und riefen „hasta la vista antifascista“. Der Gruppe gehörten die Rechtsextremisten Thomas Schatt und Karl-Heinz Statzberger an. Eine Person der Gruppe hob ihren ausgestreckten rechten Arm mit einer geballten Faust. In der Vorwoche beteiligten sich an der Auftaktkundgebung 70 Personen und am Aufmarsch in der Spitze bis zu 190 Personen. Am 5.10.2015 befanden sich unter den Kundgebungsteilnehmern vier Rechtsextremisten.

Erkenntnisse über (rechts-)extremistische Aktivitäten bzw. Beeinflussungen der Protestgruppe PEGIDA München e.V. im Sinne der oben genannten Stadtratsanfrage unterliegen dem gesetzlichen Beobachtungsauftrag des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (BayLfV), auf die Informationsübermittlungsverpflichtung an das BayLfV gemäß Art. 12 Abs. 1 BayVSG wird hingewiesen.“

Stellungnahme der städtischen Fachdienststelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit (unter wesentlicher Mithilfe der firm):

„Aufgelistet nach stattgefundenen Versammlungen (in Auszügen) ergibt sich nachfolgendes Bild (Info hierzu im Wesentlichen von der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München). Auch wenn die Fragen explizit auf Neonazi-Organisationen abstellen, hält es die FgR für wichtig (alleine um die Größe des Spektrums aufzuzeigen), auch auf beteiligte Organisationen oder Gruppen aus dem rechtspopulistischen bzw. verfassungsschutzrelevanten, islamfeindlichen Bereich einzugehen:

- 19.1.2015: 6 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. von III. Weg, Die Rechte, NPD). 2 Teilnehmer verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 1 Teilnehmer Pro Bewegung.
- 23.2.2015: 2 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. NPD, DIE RECHTE), 3 Teilnehmer aus Spektrum verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 1 Teilnehmer Pro Bewegung.
- 7.3.2015: 7 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. NPD, DIE RECHTE, Neonazi Hooligans), 7 Teilnehmer verfassungsschutzrele-

- vante Islamfeindlichkeit, 8 Teilnehmer aus rechtspopulistischem Spektrum (u.a. Pro Bewegung).
- 23.3.2015: 10 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. NPD, III.Weg, Die Rechte, Neonazi-Hooligans), 7 Teilnehmer verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 2 Teilnehmer aus rechtspopulistischem Spektrum (u.a. Pro- Bewegung).
 - 27.4.2015: 6 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. NPD), 10 Teilnehmer verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 1 Teilnehmer aus rechtspopulistischem Spektrum (Pro-Bewegung).
 - 4.5.2015: 6 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. Die Rechte), 12 Teilnehmer verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 2 Teilnehmer aus rechtspopulistischem Spektrum (u.a. Pro-Bewegung)
 - 18.5.2015: 17 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. NPD, III.Weg, Neonazi-Hooligans), 11 Teilnehmer verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 2 Teilnehmer aus dem rechtspopulistischen Spektrum (u.a. Pro-Bewegung).
 - 1.6.2015: 14 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. NPD, III.Weg, Die Rechte, Neonazi-Hooligans), 9 Teilnehmer verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 2 Teilnehmer aus dem rechtspopulistischen Spektrum (u.a. Pro- Bewegung).
 - 14.9.2015: 5 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. III. Weg, NPD, DIE Rechte, BIA), 9 Teilnehmer verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 3 Teilnehmer aus rechtspopulistischem Spektrum (u.a. Pro-Bewegung).

Fazit FgR: Aus der Zusammenstellung lässt sich ableiten, dass Rechts-extreme regelmäßig an Versammlungen von Pegida München teilnehmen. Es gibt praktisch keine bekannte rechtsextreme Organisation, die nicht zumindest an einer der Versammlungen teilgenommen hat. Rechtsextreme sind somit fester Bestandteil der wöchentlichen Versammlungen und prägen auch aufgrund ihres Auftretens den Charakter der Versammlungen maßgeblich. Daneben zeigt sich, dass auch regelmäßig eine größere Anzahl an Personen aus dem Umfeld der vom Verfassungsschutz Bayern wegen verfassungsschutzrelevanter Islamfeindlichkeit beobachteten Partei Die Freiheit, Landesverband Bayern, an den Versammlungen teilnimmt.

Frage 2:

Welche Münchner Nazi-Organisationen haben sich an den Pegida-Demos beteiligt? Gibt es signifikante Organisationen, die sich nicht beteiligt haben?



Antwort:

Stellungnahme des Polizeipräsidiums München:

Die erkannten Personen konnten insbesondere in der Anfangsphase der PEGIDA-Versammlungen (Januar und Februar 2015) zum Teil verschiedenen rechtsextremistischen Parteien zugeordnet werden, so zum Beispiel der „NPD“, „Die Rechte“ oder „Der III. Weg“, jedoch ohne dass sie während der Versammlungen nach außen erkennbare, eigene Aktivitäten für rechtsextremistische Organisationen entfalteten.

Stellungnahme des Landesamtes für Verfassungsschutz:

Siehe Antwort zu Frage 1.

**Stellungnahme der städtischen Fachdienststelle für Demokratie –
gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit
(unter wesentlicher Mithilfe der firm):**

Siehe Antwort zu Frage 1.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 17. Februar 2016

Der Freistaat Bayern beteiligt sich endlich an den Kosten für inklusive Schulbauten!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Katrin Habenschaden, Jutta Koller, Sabine Krieger, Dr. Florian Roth und Oswald Utz (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Der Freistaat Bayern erstattet der Stadt München endlich die kompletten Lehrpersonalkosten!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Katrin Habenschaden, Jutta Koller, Sabine Krieger, Dr. Florian Roth und Oswald Utz (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Stadtmarketing mit und für LGBT*: Neue Tourismusstrategie nicht mehr in allen Farben des Regenbogens?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Lydia Dietrich und Thomas Niederbühl (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Wegen großer Nachfrage und Begeisterung: Lesbische und schwule Ampelpärchen zum CSD

Antrag Stadtrats-Mitglieder Lydia Dietrich, Dominik Krause und Thomas Niederbühl (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Regenbogen – Fahnen an der Tram zum diesjährigen CSD!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Lydia Dietrich, Dominik Krause und Thomas Niederbühl (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Runder Tisch zur Nachverdichtung um etwa 600 Wohnungen in Fürstenried West

Antrag Stadträte Fritz Schmude und Andre Wächter (ALFA – Allianz für Fortschritt und Aufbruch)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 17.02.2016

Der Freistaat Bayern beteiligt sich endlich an den Kosten für inklusive Schulbauten!

Antrag

Die gesamte Stadtspitze wird aufgefordert, sowohl über den Bayerischen Städtetag als auch per Schreiben direkt an das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus und an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, den Freistaat Bayern aufzufordern, sich endlich an den Kosten für bauliche Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Art. 24 UN-BRK zu beteiligen.

Folgende Möglichkeiten sind hierbei in Betracht zu ziehen:

- 1: Der Freistaat hält sich an das Konnexitätsprinzip und fördert die kommunalen Mehrkosten, die im Rahmen der Umsetzung der Inklusion im Schulbereich entstehen.
- 2: Der Freistaat führt analog zu Nordrhein-Westfalen¹ einen Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden mit dem Ziel, dass das Land einen bestimmten Betrag für inklusive Maßnahmen zur Verfügung stellt.
- 3: Sollte sich der Freistaat den Möglichkeiten 1 und 2 verweigern, so lässt die Stadt ein eigenes Gutachten über die Umsetzung des Art 24 UN-BRK und die Berücksichtigung der Konnexitätsproblematik in den Finanzbeziehungen zwischen der Landeshauptstadt München und dem Freistaat Bayern erstellen, welches über das Gutachten von Professor Dr. Höfling² hinausgeht. Sollte dieses Gutachten zu der Einschätzung gelangen, dass der Freistaat Bayern seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommt bzw. geltendes Recht verletzt, so sind dem Stadtrat die rechtlichen Möglichkeiten gegenüber dem Freistaat darzulegen.

Begründung:

Im Jahr 2007 hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert und sich damit bereit erklärt, auf allen Ebenen für das Gelingen der Inklusion zu arbeiten. Für den Bau und Unterhalt von Schulgebäuden sind die Städte, Gemeinden und Landkreise als Sachaufwandsträger zuständig. Die Herausforderung, inklusive Gebäude zu erstellen bzw. bestehende Bauten nachzurüsten, ist enorm und belastet viele Kommunen finanziell sehr. Der Freistaat Bayern fördert den Bau von Schulgebäuden durch die Kommunen, weigert sich jedoch bisher strikt, zusätzliche Fördermittel für das „Inklusive Bauen“ zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen der Konnexität (wer anschafft, der zahlt auch) ist dieses Vorgehen des Freistaats jedoch sehr fragwürdig, da ja das Land Bayern von den Kommunen fordert, dass die Gebäude, welche diese für staatliche Schulen erstellen, für eine inklusive Nutzung geeignet sind.

1 https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/Pressemitteilungen-Informationen-Aufmacher/Pressemitteilungen-Informationen/Pressemitteilungen/2014/04/1104-Inklusion.jsp

2 <https://www.muenchen-transparent.de/dokumente/3789477>

Es ist somit nicht nachzuvollziehen, dass das reichste Bundesland der Republik die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe nicht unterstützt. In Nordrhein-Westfalen haben sich Land und kommunale Spitzenverbände auf einen Sondertopf für das Bauen von inklusiven Schulgebäuden verständigt. Durch diese Mittel erhalten die Kommunen wenigstens einen Teil ihrer zusätzlichen Aufwendungen erstattet. Um wenigstens einen solchen Kompromiss zu erstreiten, bei dem es schlussendlich um viele Millionen (zusätzliche) Euro für die Stadt geht, sollte die gesamte Stadtspitze alles unternehmen um den Freistaat zum Handeln zu bewegen.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Oswald Utz
Dr. Florian Roth
Katrín Habenschaden
Jutta Koller
Sabine Krieger

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 17.02.2016

Der Freistaat Bayern erstattet der Stadt München endlich die kompletten Lehrpersonalkosten!

Antrag

Die gesamte Stadtspitze wird aufgefordert, sowohl über den Bayerischen Städtetag als auch per Schreiben direkt an das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus und an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, den Freistaat Bayern aufzufordern, endlich die realen Lehrpersonalkosten (in Höhe von ca. 400 Millionen € pro Jahr allein in München) für kommunale Schulen zu erstatten.

Begründung:

Bildung ist in Bayern Staatssache. Der Freistaat Bayern gibt das Curriculum vor und besitzt die alleinige Entscheidungsmacht über die wichtigsten, schulischen Fragestellungen. Zudem betreibt der Freistaat die meisten Schulen im Land. Es gibt jedoch noch zwei andere Arten von Schulen und zwar solche in privater Trägerschaft und solche in kommunaler Trägerschaft. Über komplizierte Verfahren bekommen beide Schularten einen Teil ihrer Lehrpersonalkosten erstattet – da sie mit ihren Schulen ja staatliche Aufgaben übernehmen. Der Teil der Erstattung der Lehrpersonalkosten ist jedoch sehr unterschiedlich. So bekommen Privatschulen deutlich höhere prozentuale Beträge erstattet als die Kommunen.

Die Landeshauptstadt München ist der mit Abstand größte Träger eines kommunalen Schulwesens. Vor allem im Bereich der Realschulen und der beruflichen Schulen hat die Stadt schon fast eine komplette Alleinstellung inne, da der Freistaat nur sehr wenige dieser beiden Schultypen in der Stadt München betreibt.

Für die Tausenden von Lehrern, welche bei der Stadt angestellt sind und auch von ihr bezahlt werden, erhält die Stadt Jahr für Jahr nur einen sehr geringen Erstattungsbetrag seitens des Freistaats. In einer Vorlage vom 2.10.2012¹ erläutert die Stadtkämmerei, dass der Freistaat derzeit nur 36% der realen Lehrpersonalkosten erstattet. Dies bedeutet, dass die Stadt Jahr für Jahr auf ca. 250 Millionen Euro an Kosten sitzen bleibt, welche ihr der Freistaat nicht erstattet. Viele private Schulen haben Erstattungsquoten von 70% oder mehr. Bekäme die Stadt endlich die finanziellen Mittel, welche ihr auch zustehen, müsste deutlich weniger gespart werden und wäre viel mehr Geld für Investitionen vorhanden. In einer Zeit, in welcher die regierende „Große Kooperation“ darüber nachdenkt, an welchen Ecken und Enden im Haushalt gespart werden kann, wäre es wohl das beste Mittel, wenn die gesamte Stadtspitze sich darum bemühen würde, endlich das Geld vom Freistaat einzutreiben welches der Stadt zusteht.

¹ <http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/2750439.pdf>

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth, Katrin Habenschaden Jutta Koller, Sabine Krieger, Oswald Utz

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 17.02.2016

Stadtmarketing mit und für LGBT*: Neue Tourismusstrategie nicht mehr in allen Farben des Regenbogens?

Anfrage

Seit vielen Jahren engagiert sich Münchens Tourismus für den LGBT-Tourismus und berücksichtigt beim Stadtmarketing eines bunten und toleranten Münchens auch die Bereicherung durch die LGBT-Community, z.B. durch das Glockenbachviertel oder den jährlichen Christopher-Street-Day (CSD).

Um die bisherige Tourismusstrategie zu optimieren, hat der Stadtrat deshalb auf Antrag der Fraktion Die Grünen-rosa liste im Oktober 2013 beschlossen, in 2014 eine Marktstudie zu den touristischen Potentialen der Zielgruppe LGBT-Community durchzuführen und dem Stadtrat die Ergebnisse sowie die Schlussfolgerungen und Handlungsoptionen darzustellen. Einigen VertreterInnen der Community wurden zwar im Oktober 2014 erste Zwischenergebnisse der Studie vorgestellt, die Darstellung des Ergebnisses mit Konsequenzen im Stadtrat steht jedoch immer noch aus.

Außerdem soll nach unseren Informationen bei der neuen Tourismusstrategie „Einfach München“ die bunte akzeptierte Vielfalt der LGBT-Community nicht mehr als Charakteristikum der Stadt zum Ausdruck gebracht werden.

Daher fragen wir:

1. Wird in der neuen Tourismusstrategie die LGBT-Community als Teil eines weltoffenen und toleranten München noch eine Rolle spielen?
2. Wenn Nein: wann, wie und warum kam es zu dieser Entscheidung?
3. Wenn Ja: welche strategischen Ziele sollen wie in den nächsten Jahren erreicht und mit welchen Maßnahmen umgesetzt werden?
4. Wann werden dem Stadtrat die Ergebnisse sowie die Schlussfolgerungen und Handlungsoptionen der Marktstudie zu den touristischen Potentialen der Zielgruppe LGBT-Community vorgestellt?
5. Hat München Tourismus bereits jetzt Schlussfolgerungen aus der Studie gezogen und umgesetzt? Wenn ja, welche?

Initiative:

Thomas Niederbühl Lydia Dietrich
Mitglieder des Stadtrates

*LGBT= Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

17.02.2016

**Wegen großer Nachfrage und Begeisterung:
Lesbische und schwule Ampelpärchen zum CSD**

Antrag

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, anlässlich des diesjährigen Christopher-Street-Days an geeigneter Stelle einige der herkömmlichen Fußgängerampeln mit schwulen, lesbischen und hetero Paarmotiven zu versehen.

Begründung:

Österreichs Hauptstadt Wien machte 2015 mal wieder vor, wie wir tolerant und weltoffen auch noch mit Herz und Humor kombinieren können. Dort hatte die Stadt anlässlich dreier Großveranstaltungen einige Fußgängerampeln, die bislang „nur“ einen Mann oder eine Frau alleine zeigten, mit „Ampelpärchen“ samt grün bzw. rot aufleuchtenden Herzen ausgestattet. Das Entscheidende dabei: Die Paare sind nicht nur in Mann-Frau-Konstellationen zu finden, sondern auch als schwules bzw. lesbisches Paar. Die Stadt München hat sich damals auf unseren Dringlichkeitsantrag hin ebenso als weltoffene Stadt mit Herz bewiesen und anlässlich des Christopher-Street Day (CSD) unbürokratisch und spontan die entsprechenden Schablonen aus Wien ausgeliehen und an Münchner Ampeln angebracht.

Die Ampelpärchen konnten so ein kleines und doch öffentlichkeitswirksames Signal der Sympathie aussenden und einen kleinen Festbeitrag an die LGBT*I-Gemeinde leisten. Die Aktion traf auf breite Resonanz, brachte der Landeshauptstadt welt- und münchenweit eine Menge Sympathiebekundungen ein und war ein voller Erfolg.

Leider konnten auf Grund der aktuell geltenden Verkehrsordnung die Ampelpärchen (noch) nicht dauerhaft im Stadtbild verankert werden.

Daher sollte die Stadt auch zum diesjährigen CSD an entsprechender Stelle einige der herkömmlichen Ampeln mit den entsprechenden Pärchen-Ampeln ersetzen lassen. Die Ampeln bringen das Thema „Gleichstellung“ in die Mitte der Gesellschaft und machen es im wahrsten Sinne des Wortes sichtbar für die Stadtbevölkerung.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Lydia Dietrich
Dominik Krause
Thomas Niederbühl
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 17.02.2016

Regenbogen - Fahnen an der Tram zum diesjährigen CSD!

Antrag

Der Oberbürgermeister setzt sich als Aufsichtsratsvorsitzender der MVG dafür ein, dass während des diesjährigen Christopher-Street Day (CSD) Trambahnen in München mit Regenbogen-Fahnen fahren.

Begründung:

Die Stadt München ist eine weltoffene Stadt mit Herz, der CSD ist eine Demonstration und ein Fest des liberalen, weltoffenen, liebes- und lebenswerten Münchens. Er stellt die Vielfalt von Lebensweisen gleichberechtigt nebeneinander.

Eine Regenbogen-Beflaggung von Trambahnen macht die CSD-Woche im Bewusstsein der Münchner Bevölkerung deutlich präsenter. Mit relativ geringem Aufwand lässt sich ein öffentlichkeitswirksames Signal an die LGBT*I-Gemeinde, aber auch an die Münchner Bevölkerung und die besuchenden TouristInnen aussenden: München solidarisiert sich als weltoffene und tolerante Stadt mit dem Anliegen des CSD – und dies in die Stadtteile hinein sichtbar!

Der Oberbürgermeister beflaggt ja auch das Rathaus entsprechend, da wäre die Beflaggung von Trambahnen eine tolle Möglichkeit, den CSD münchenweit – und nicht nur punktuell im Innenstadtbereich - in das Bewusstsein der Münchner Stadtbevölkerung zu transportieren und gemeinsam und bunt Flagge zu bekennen.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative

Lydia Dietrich

Thomas Niederbühl

Dominik Krause

Mitglieder des Stadtrates

Herrn Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

Antrag

München, den 16.02.2016

Runder Tisch zur Nachverdichtung um etwa 600 Wohnungen in Fürstenried West

Der Münchner Wohnungsmarkt ist schon seit langer Zeit völlig überhitzt. Eine Besserung ist im Moment nicht in Sicht. Es gäbe jedoch viele Stellschrauben um die Situation in München zu verbessern. Dazu gehört z.B. eine schnellere Erteilung von Baugenehmigungen, eine deutliche Beschleunigung der eigenen städtischen Bauvorhaben, eine bessere Interaktion mit den Umlandgemeinden oder auch der Bau in die Höhe, und viele mehr. Die einzige Stellschraube die jedoch tatsächlich genutzt wird, ist die Nachverdichtung.

Wir – ALFA – halten Nachverdichtung für unabdingbar. Gleichwohl ist uns bewusst, dass dies bei den betroffenen Anwohnern auf wenig Gegenliebe trifft. Gerade aber z.B. die städtische Wohnungsbaugesellschaft GWG hat gezeigt, wie Nachverdichtung auch Wohnraum in einem attraktiven Umfeld schaffen kann.

In Fürstenried West strebt die Bayerische Versorgungskammer eine Nachverdichtung um rund 600 Wohnungen an. Hiergegen hat sich eine Bürgerinitiative „Pro Fürstenried“ formiert. So beklagen die Einwohner, dass die Infrastruktur vor Ort nicht mit der Einwohnerentwicklung Schritt halten würde.

Wir – ALFA – fordern die Stadtverwaltung auf die Sorgen der Betroffenen ernst zu nehmen. Eine zeitnahe Einbindung der Bürger in den Planungsprozess ist dringend notwendig.

Antrag:

Das Stadtplanungsreferat organisiert einen runden Tisch mit Anwohnern aus dem betroffenen Gebiet in Fürstenried West, Vertretern der Wohnungsbauwirtschaft, Stadtteilpolitikern und Stadträten.

ALFA-Gruppierung im Münchner Stadtrat
Fritz Schmude
Andre Wächter

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Holiday on Ice: Spendenaktion für Harl.e.kin e.V.
Pressemitteilung Olympiapark München GmbH

Tierisch viel zu zählen – Inventur in Hellabrunn
Pressemitteilung Tierpark Hellabrunn

Harl.e.kin e.V.

c/o Klinik für Kinder- und Jugendmedizin
Klinikum Harlaching, Städt Klinikum München GmbH
Sanatoriumsplatz 2

81545 München

www.harlekin-verein.de, info@harlekin-verein.de



Presseinformation

Wir für München. Für mehr Menschlichkeit in unserer Stadt.

Die Veranstaltungssponsoren des Olympiaparks München unterstützen mit der Veranstaltung Holiday on Ice - PASSION die ganzheitliche Förderung von Frühgeborenen, Risikoneugeborenen und chronisch kranken Kindern. In München ist die Harl.e.kin-Nachsorge an den städtischen Kinderkliniken Harlaching, Schwabing und der Neonatologie des Klinikum Rechts der Isar fest etabliert. Bei der Spendenübergabe für das Harl.e.kin-Eltern-Kind-Zimmer im Neubau der Kinderkliniken Schwabing und Harlaching übergab der Geschäftsführer des Olympiaparks München GmbH, Arno Hartung, einen Scheck über 2.000 € an Prof. Reinhard Roos, Harl.e.kin e.V.. An der Spendenübergabe nahmen neben der Harl.e.kin-Familie Erber auch die Chefarzte der Schwabinger Frauenklinik, Dr. Olaf Neumann, und der Schwabinger Kinderchirurgie, Prof. Stuart Hosie, teil.

(München, Februar 2016) Wenn ein Kind zu früh auf die Welt kommt oder chronisch krank ist, kann dies für alle Beteiligten sehr belastend sein. Immer mehr frühgeborene Kinder können ohne Folgeschäden überleben, da sie in den Münchner Kliniken rundum gut versorgt werden. Nach der Entlassung aus dem Krankenhaus werden die Familien im Rahmen der Harl.e.kin-Frühchen-Nachsorge weiter betreut. Der Münchner Verein Harl.e.kin e.V. kümmert sich seit fast 20 Jahren um die Behandlung und Nachsorge dieser Kinder und ihrer Familien. Gerade nach der Entlassung aus der oft langen intensivmedizinischen stationären Betreuung ist eine solche Betreuung wichtig. Es ist wissenschaftlich belegt, dass frühgeborene oder chronisch kranke Kinder sich besser entwickeln, wenn die psychosozialen Bedingungen ihres Umfelds günstig sind. Prof. Dr. Reinhard Roos, zweiter Vorsitzender des Harl.e.kin, sagt: „Moderne Neonatologie braucht eine kompetente Nachsorge“. Schon an 21 bayerischen Kinderkliniken mit Neonatologie (also mit einer auf Frühgeborenenintensivmedizin spezialisierten Abteilung) wird die Harl.e.kin-Nachsorge angeboten. In München arbeitet der Harl.e.kin mit den städtischen Kinderkliniken Schwabing und Harlaching sowie der Neonatologie des MRI zusammen. Bayernweit wurden in der Harl.e.kin-Frühchen-Nachsorge an inzwischen 21 Klinikstandorten mit Neonatologie insgesamt 4.000 Kinder und ihre Familien beim Übergang von der Klinik nach Hause begleitet.

Mit **Holiday on Ice – PASSION** unterstützen die Veranstaltungssponsoren des **Olympiapark München** in diesem Jahr erstmalig die Harl.e.kin-Nachsorge an den Münchner Kinderkliniken Schwabing und Harlaching. Arno Hartung, Geschäftsführer der Olympiapark München GmbH, überreichte symbolisch einen Spendenscheck über 2.000 Euro für neue Harl.e.kin-Räume im Neubau der beiden Münchner Kinderkliniken. Die Mitaufnahme von Eltern in der Nähe ihrer intensivpflichtigen Kinder ist für die Eltern-Kind-Bindung essentiell und in München seit nun 45 Jahren selbstverständlich. Arno Hartung bei der Scheckübergabe: „Unsere Spende kommt insbesondere nachhaltigen und innovativen Projekten zugute, die als Impulsgeber für soziales

Engagement wirken und Familien Hilfe zur Selbsthilfe geben. Wir freuen uns, mit dem Verein Harl.e.kin ein Projekt zu unterstützen, das eine wichtige Lücke in unserem Gesundheitssystem schließt.“ Bei der Spendenübergabe am 14. Februar betonte die Harl.e.kin-Mutter Ute Erber: „Aus eigener Erfahrung mit einem extrem frühgeborenen Kind (Geburt Anfang der 25. Schwangerschaftswoche mit einem Geburtsgewicht von 640 Gramm), wissen wir von *inlingua München*, wie wichtig eine solche Hilfe und Begleitung der Familien während und nach dem Klinikaufenthalt ist. Auf diese Weise wird den Eltern nicht nur geholfen, ihre Kinder optimal zu fördern, sondern sie werden auch bei der Bewältigung der Belastungen, die sich aus der Frühgeburt und langen Klinikaufenthalten ergeben, unterstützt, um für die Kinder langfristig ein möglichst gesundes Familienumfeld zu schaffen“, sagt Ute Erber, Mutter und Geschäftsführerin der *inlingua* Sprachenschule.

Fotos von der Spendenübergabe am 14. Februar für Harl.e.kin-Eltern-Kind-Zimmer im Neubau der Kinderkliniken Schwabing und Harlaching mit Arno Hartung, Geschäftsführer Olympiapark München GmbH:



Bild (von links nach rechts): Arno Hartung (Geschäftsführer Olympiapark München GmbH), Tänzerinnen aus dem Holiday on Ice-Ensemble, Prof. Stuart Hosie (Chefarzt Kinderchirurgie Schwabing), Prof. Reinhard Roos (Harl.e.kin e.V.), Dr. Olaf Neumann (Chefarzt Frauenklinik Schwabing)



Bild (von links nach rechts): Arno Hartung (Geschäftsführer Olympiapark München GmbH, 2.v.l.), Prof. Stuart Hosie (Chefarzt Kinderchirurgie Schwabing), Familie Erber (Harl.e.kinfamilie, Sprachenschule *inlingua*), Prof. Reinhard Roos (Harl.e.kin e.V.), Dr. Olaf Neumann (Chefarzt Frauenklinik Schwabing), Tänzerinnen aus dem Holiday on Ice-Ensemble (ganz rechts und ganz links)

Dieser Text ist **im Internet abrufbar** unter folgender Adresse: www.olympiapark.de/presse
Weitere Informationen zu Harl.e.kin e.V. unter: www.harlekin-verein.de

Pressemitteilung

Tierisch viel zu zählen - Inventur in Hellabrunn

Die aufwendige Inventur für das Jahr 2015 ist abgeschlossen. Das beeindruckende Ergebnis: In Hellabrunn leben 19.364 Tiere in 771 Tierarten.

Wie jedes Unternehmen zählt auch der Tierpark Hellabrunn am Ende jedes Jahres alles, was ihm lieb und wertvoll ist: seine Tiere. Stichtag für den Tierbestand ist der 31. Dezember. Nicht jede Tierart ist bei der Inventur gleichermaßen kooperativ. Die Meerschweinchen laufen wild durcheinander, die Brillenblattnasen flattern durch die Fledermausgrotte und die Neonfische tauchen einfach ab. Trotzdem: Von A bis Z, von der Antilope bis zum Zebra wird jedes Jahr von Neuem jedes Tier notiert, eine Bestandsaufnahme ähnlich wie im Baumarkt durchgeführt. Nur geht es bei tierischem Inventar natürlich viel quirliger zu als bei Baubedarf.

Weil sie pausenlos in Bewegung sind, werden manche Tierarten geschätzt. Da sich freifliegende Vögel nicht einfangen lassen, beobachten Tierpfleger die Futterstelle der Vögel in der Dschungelwelt. Die Anzahl der dort pickenden Vögel wird später hochgerechnet. Bei den Anemonenfischen im Aquarium wird in einem Beckenausschnitt gezählt, genau beobachtet und geschätzt.

Jeden Tag halten die Tierpfleger schriftlich fest, ob ein Tier geboren, verstorben, weg- oder zugereist ist. Die täglich ermittelten Zahlen werden im Tagesbericht eingetragen. Der Abschluss der tierischen Inventur ist der lückenlose Jahresbericht, der schlussendlich im Geschäftsbericht im Sommer jeden Jahres veröffentlicht wird.

„Hellabrunn zählt weiterhin zu den tier- und artenreichsten Zoos Europas. Mit 771 Arten können wir unseren Besuchern sogar eine noch größere Artenvielfalt als im Vorjahr bieten. Neu dazugekommen sind im Jahr 2015 unter anderen Stumpfkrokodile und Darwin-Nandus“, verrät Zoodirektor Rasem Baban.

Die Inventur läuft bei den vielen verschiedenen, heimischen und exotischen Tierarten in Hellabrunn ganz unterschiedlich ab: Einzelne Ameisen zu zählen, wäre eine unlösbare Aufgabe. So werden Blattschneider-Ameisen nur als ein Tier gezählt, obwohl es natürlich Tausende Individuen sind. Erheblich einfacher ist das Zählen zum Beispiel bei den Panzernashörnern: Die drei Dickhäuter sind schwer zu übersehen.

Bei Nashorn-Mutter Rapti und ihrem Nachwuchs Puri wurde während der Inventur-Phase auch routinemäßig eine Gewichtsmessung durchgeführt. Knappe 300 Kilogramm bringt der bald sechsmonatige Panzernashornbulle auf die Spezial-Waage!

Zahlenbeispiele aus dem Tierpark Hellabrunn (Stand: 31.12.2015):

Säugetiere:	1.004 in 100 Arten
Vögel:	1.031 in 99 Arten
Reptilien:	412 in 45 Arten
Amphibien:	138 in 8 Arten

Fische: ca. 9.026 in 302 Arten
Insekten: ca. 2.000 in 25 Arten
Spinnentiere: 53 in 7 Arten
sonstige wirbellose Tiere 5.700 in 185 Arten

Gesamtbestand, Tiere im Münchner Tierpark Hellabrunn:
19.364 Tiere in 771 Tierarten

Das größte, schwerste, älteste Tier im Tierpark Hellabrunn

Das **größte** Tier: Giraffe Limber hat eine Scheitelhöhe von 4,15 Meter

Das **schwerste** Tier: Elefantenkuh Mangala bringt 3.660 Kilogramm auf die Waage

Das **längste** Tier: Das größte Anakonda-Weibchen ist 6,2 Meter lang

Das **kleinste** Tier: Blattschneide-Ameisen sind nur etwa 0,1 bis 0,2 Zentimeter lang

Das **älteste** Tier: Eine Seychellen-Riesenschildkröte ist etwas über 100 Jahre alt

Das **letztgeborene** Tier 2015: Paulchen, ein Murnau-Werdenfelser Kälbchen ist am 31. Dezember 2015 zur Welt gekommen und gehört einer gefährdeten Nutztier rasse an. Weltweit gibt es nur noch 350 Tiere. In Hellabrunn leben nun insgesamt vier Rinder dieser Rasse.

Das **erstgeborene** Tier 2016: ein Mara (Pampashase) auf der Südamerika-Anlage

München, den 16.02.2016/06

Weitere Informationen:

Verena Wiemann
Referentin für Presse und Marketing
Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Tierparkstr. 30, 81543 München
Tel: +49(0)89 62508-718
Fax: +49(0)89 62508-52
Email: presse@hellabrunn.de
Website: www.hellabrunn.de
www.facebook.com/tierparkhellabrunn

Münchener Tierpark Hellabrunn AG

Vorsitzende des Aufsichtsrates:
Christine Strobl, 3. Bürgermeisterin
Vorstand:
Rasem Baban
Eingetragen in das Handelsregister
des Amtsgerichts München, HRB 42030
UST-IdNr.: DE 129 521 751